

Jahresbericht

2006

UK·UN

Schweizerische Universitätskonferenz
Conférence universitaire suisse
Conferenza universitaria svizzera

J a h r e s b e r i c h t

2006

UK·UN

Schweizerische Universitätskonferenz
Conférence universitaire suisse
Conferenza universitaria svizzera

Schweizerische Universitätskonferenz

Präsidentin:
Regine Aepli
Regierungsrätin

Generalsekretär:
Dr. Nivardo Ischi

Sennweg 2, 3012 Bern
Telefon: 031 306 60 60, Fax: 031 302 17 92
e-mail: cus@cus.ch, www.cus.ch

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5	3 Publikationen	29
1 Hauptthemen des Jahres	7	4 Finanzen	31
1.1 Bildungsverfassung	7	4.1 Jahresrechnung 2006	31
1.2 Hochschullandschaft	7	4.2 Bilanz per 31. Dezember 2006	33
1.3 Bundesbeiträge und IUV	8	4.3 Budget 2007	34
1.4 Kooperationsprojekte 2004–2007	9		
1.5 Botschaft BFI 2008–2011	10	5 Mitglieder der SUK, ihrer Lenkungs-	
1.6 Kooperationsprojekte 2008–2011	10	ausschüsse und Kommissionen sowie	
1.7 Bologna-Prozess	11	des Generalsekretariats	37
1.8 Verbesserung der Betreuungs-			
verhältnisse	11	Anhang 1	
1.9 Akkreditierung und Qualitätssicherung	12	Projektgebundene Beiträge:	
1.10 Zusammenarbeit mit der Rektoren-		Gesamtübersicht Finanzen,	
konferenz der Schweizer Universitäten	14	Stand Ende 2006	43
1.11 Zusammenarbeit mit dem Fachhoch-			
schulrat der EDK	17	Anhang 2	
1.12 Luzern Vollmitglied der SUK	17	Qualitätssicherungsrichtlinien	61
1.13 Wahlen	18		
1.14 Verschiedenes	18		
2 Tätigkeitsbericht der Lenkungs-			
ausschüsse und Kommissionen	21		
2.1 Konferenz der Dienstchefs Hochschul-			
wesen	21		
2.2 Lenkungsausschuss Chancengleichheit	21		
2.3 Lenkungsausschuss Kostenrechnung	23		
2.4 Lenkungsausschuss Konsortium der			
Hochschulbibliotheken	25		
2.5 Fachstelle für Hochschulbauten	26		

In der Volksabstimmung vom 21. Mai 2006 sagten 86% der Stimmenden sowie sämtliche Stände Ja zu den neuen Bildungsartikeln in der Bundesverfassung. Damit wurden die Arbeiten der Schweizerischen Universitätskonferenz, dem gemeinsamen Organ von Bund und Kantonen, voll unterstützt. Zusätzlich wurden die Grundlagen für die Fortsetzung und Ausweitung der Koordination und Qualitätssicherung auf den gesamten Hochschulbereich (universitäre Hochschulen und Fachhochschulen) geschaffen.

Am 10. März unterzeichnete der Bildungsdirektor des Kantons Luzern die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Bund und den Universitätskantonen. Damit wurde Luzern zum 14. Mitglied der Schweizerischen Universitätskonferenz.

Im Berichtsjahr konnte mit Befriedigung festgestellt werden, dass die Umsetzung der Bologna-Richtlinien durch die universitären Hochschulen planmässig vorangeht. Die für die Neustrukturierung der Studiengänge erforderlichen Reglemente sowie die nach Fachrichtungen detaillierten Einführungsplanungen wurden verabschiedet. Im Wintersemester 2006/07 begannen erstmals nur noch Bachelor- und Masterstudiengänge, jedoch keine Lizentiats- oder Diplomstudiengänge mehr.

Besonders erwähnenswert ist die erstmalige Veröffentlichung der Ergebnisse der Kosten- und Leis-

tungsrechnung der Universitäten und der ETH. Die Kosten eines Universitätsstudiums sollen nunmehr jährlich erhoben werden und künftig auch als Grundlage für die Berechnung nationaler Referenzkosten dienen.

Die SUK hat am 7. Dezember die Richtlinien für die Qualitätssicherung an den schweizerischen universitären Hochschulen verabschiedet. Sie enthalten die Mindestanforderungen an die hochschuleigenen Qualitätssicherungssysteme und sollen qualitativ hochstehende Leistungen in Lehre und Forschung sicherstellen.

Auch im Berichtsjahr 2006 konnte die SUK auf die tatkräftige Unterstützung verschiedener Organe, Institutionen sowie Amtsstellen des Bundes und der Kantone zählen. Ein besonderer Dank gilt dem Staatssekretariat für Bildung und Forschung sowie der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ebenso war die Zusammenarbeit mit den Organen der EDK und dem BBT im Bereich der Hochschulplanung konstruktiv und von gegenseitigem Vertrauen geprägt.

SCHWEIZERISCHE UNIVERSITÄTSKONFERENZ

Die Präsidentin

Der Generalsekretär

Regine Aeppli
Regierungsrätin

Dr. Nivardo Ischi

1 Hauptthemen des Jahres

1.1 Bildungsverfassung

Die jahrelangen Vorbereitungen für neue Verfassungsbestimmungen über die Bildung haben im Frühjahr 2006 Frucht getragen: In der Volksabstimmung vom 21. Mai sagten 86% der Stimmenden sowie sämtliche Stände Ja zu den neuen Bildungsartikeln in der Bundesverfassung. Die SUK hatte die Annahme der Vorlage empfohlen. Damit haben die Koordination und Zusammenarbeit von Bund und Kantonen im Bildungsbereich erstmals eine verfassungsmässige Grundlage erhalten.

In einem neuen Verfassungsartikel 63a werden die Rahmenbedingungen dieser gemeinsamen Zuständigkeit speziell für den Hochschulbereich geregelt. Bund und Kantone zusammen werden für die Koordination und für die Gewährleistung der Qualitätssicherung im schweizerischen Hochschulwesen verantwortlich. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, werden gemeinsame Organe eingesetzt. Damit erhält die heutige SUK ebenso wie das zukünftige neue Koordinationsorgan von Bund und Kantonen im Hochschulbereich eine solide Verfassungsbasis.

Neu ist schliesslich auch, dass der Bund in definierten Bereichen die subsidiäre Kompetenz erhält, Vorschriften zu erlassen, sofern die gemeinsamen Ziele auf dem Weg der Koordination nicht erreicht werden.

1.2 Hochschullandschaft

Die Arbeiten am neuen Hochschulrahmengesetz, dessen Basis die Bildungsverfassung ist, wurden fortgesetzt. Die gegen Ende 2005 eingesetzten fünf Arbeitsgruppen «Finanzierung», «Akkreditierung und Titelschutz», «Entscheidungsverfahren», «Rektorenkonferenz» sowie «Strategische Planung» legten im Frühsommer ihre Schlussberichte vor. Diese dienten der SUK als Diskussionsbasis für ihre Klausurtagung vom 15./16. Juni im Grandhotel Giessbach am Brienersee, die erneut mit Beteiligung des Fachhochschulrates wie auch der Redaktionsgruppe des Gesetzes (G. Schuwey, P. Richli, B. Ehrenzeller) durchgeführt wurde. Zur Sprache kamen die Hauptelemente des Gesetzes, die sich mit den Themen der fünf erwähnten Arbeitsgruppen deckten, ergänzt durch die Fragen um die Integration der Hochschulmedizin in die vorgesehenen neuen Strukturen.

Die Redaktionsgruppe erarbeitete anschliessend einen umfangreichen neuen Gesetzesentwurf von beträchtlicher Regelungsdichte. Die offenen Fragen wurden in mehreren Sitzungen der Projektgruppe Hochschullandschaft weiter behandelt, so dass Ende Jahr ein etwas gestraffter und weiter konkretisierter Gesetzesentwurf vorgelegt werden konnte. Der gegenwärtig geltende Zeitplan sieht die Eröffnung der Vernehmlassung Mitte September 2007 vor.

1.3 Bundesbeiträge und IUV

Nachdem Ende 2006 der Voranschlag des Bundes für das Jahr 2007 vorlag, zeigte sich, wie beträcht-

lich die effektiv ausbezahlten Grundbeiträge für die kantonalen Universitäten in der Beitragsperiode 2004–2007 von den im Bundesbeschluss ursprünglich geplanten abwichen:

Zahlungsjahr*	<i>beschlossen</i>		<i>erhalten</i>		
	Bundesbeschluss in Mio Fr.	Differenz zum Vorjahr in Mio Fr.	Betrag nach Kürzungen in Mio Fr.	Differenz zum Vorjahr in Mio Fr.	Differenz zum Vorjahr in %
1999	379		379.1		
2000	380	+ 1	380.2	+ 1.1	+ 0.3%
2001	380	+/- 0	380.2	+/- 0	+/- 0%
2002	416	+ 36	415.9	+ 35.7	+ 9.4%
2003	449	+ 33	444.3	+ 28.4	+ 6.8%
2000–2003 Total	1'625	+ 70	1'620.6	+ 65.1	
2004	484	+ 35	476.3	+ 32.0	+ 7.2%
2005	528	+ 44	494.5	+ 18.2	+ 3.8%
2006	562	+ 34	504.3	+ 9.8	+ 2.0%
2007	590	+ 28	491.7**	-12.6	- 2.5%
2004–2007 Total	2'164	+ 141	1'966.8	+ 47.4	

* Zahlungsjahr = Beitragsjahr + 1

** budgetiert, Kreditsperre berücksichtigt

In den Jahren 2004–2007 werden also insgesamt 197,2 Millionen Franken oder 9,1% weniger Grundbeiträge ausbezahlt, als gemäss Botschaft BFT 2004–2007 und entsprechendem Bundesbeschluss vorgesehen waren. Im Jahr 2007 sinken die ausbezahlten Grundbeiträge sogar auf einen Stand

unter demjenigen des Jahres 2005 ab: erstmals seit dem Jahr 1996 erfolgt damit eine Senkung gegenüber dem Vorjahr. Dieses Faktum ist im Auge zu behalten, wenn man die Verlässlichkeit der Zahlen in der Botschaft 2008–2011 beurteilt (siehe Kap. 1.5).

Demgegenüber sind bei den Beiträgen nach Interkantonaler Universitätsvereinbarung (IUV) bei steigender Zahl von Studierenden an ausserkantonalen Universitäten keine Beitragssenkungen möglich. Die interkantonalen Beiträge insgesamt stiegen vom Jahr 2004 (402,1 Millionen Franken) bis zum Jahr 2006 (438,9 Millionen Franken) um 36,8 Millionen Franken bzw. um 9,2%.

1.4 Kooperationsprojekte 2004–2007

Die Projekte gehen weitgehend plangemäss voran. Dies geht aus ihren Reportingunterlagen hervor, die in der ersten Jahreshälfte vom Generalsekretariat der SUK und vom SBF geprüft wurden. Die finanzielle Übersicht über die projektgebundenen Beiträge finden Sie wie üblich im Anhang. Die Unterstützung des Projekts «Pharmazentrum Basel-ETHZ» wurde Ende Jahr rückwirkend auf Mitte 2006 vorzeitig beendet, als bekannt wurde, dass das Projekt bereits auf Ende 2005 eingestellt worden war. Ebenfalls auf Ende Jahr beendet wurde die Auszahlung der Mittel für das Projekt «Ranking SwissUp», das im Jahr 2007 kein neues Ranking durchführt.

Nach Gesprächen mit dem SBF hat die SUK beschlossen, allen laufenden Projekten auf ihren Wunsch eine kostenneutrale Verlängerung bis längstens 31. Juli 2008 zu gewähren. Damit können sie ihre projektgebundenen Mittel über das Jahresende 2007 hinaus verwenden, sofern sie das wünschen, und müssen allfällige Restgelder erst Mitte 2008

zurückzahlen. Auch der Übergang von der alten zur neuen Beitragsperiode wird allfälligen weitergeführten Projekten auf diese Weise erleichtert.

Aus dem Kredit für die Kooperationsprojekte genehmigte die SUK im Berichtsjahr noch Fr. 300'000.- für eine neue Studie über die Kosten von Lehre und Forschung an den Universitätsspitalern. Da dazu bisher keine befriedigenden und differenzierten Daten zur Verfügung stehen, fehlten die Kosten des Medizinstudiums in den Veröffentlichungen der Ergebnisse der universitären Kostenrechnung 2004 und 2005. Nachdem nun ein gesamtschweizerisches Projekt für die Kostenrechnung der Spitäler am Laufen ist, scheinen die Bedingungen erfüllt zu sein, damit diese Lücke gefüllt werden kann. Ein in Zusammenarbeit mit dem BFS, dem SBF, der SUK und der SDK erarbeitetes Projekt hat die Unterstützung der Erziehungs- und Gesundheitsdirektoren der fünf betroffenen Kantone erhalten. Die Projektleitung liegt beim Bundesamt für Statistik, und die Direktionen der fünf Universitätsspitäler haben ihre Unterstützung zugesagt. Angesichts der komplexen Thematik sind aber nicht vor 2009 Ergebnisse zu erwarten.

Die SUK beschloss überdies, die Prüfung der Eingaben für Innovations- und Kooperationsprojekte 2008–2011 durch ein Ad-hoc-Komitee im Jahr 2007 mit maximal Fr. 55'000.- an projektgebundenen Beiträgen zu finanzieren (siehe Kap. 1.6).

1.5 Botschaft BFI 2008–2011

Im Laufe des Berichtsjahres wurde von den zuständigen Bundesstellen die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) 2008–2011 vorbereitet. Die SUK setzte sich – gemeinsam mit dem Fachhochschulrat der EDK – einhellig dafür ein, eine Erhöhung der BFI-Kredite um insgesamt mindestens 6% pro Jahr zu erreichen, nachdem der Bundesrat zunächst eine Erhöhung von nur 4,5% pro Jahr beschlossen hatte. Diese Bemühungen waren erfolgreich. Bei der Verteilung der 6% auf die verschiedenen Kreditposten wurden die Grundbeiträge für die kantonalen Universitäten allerdings zunächst auf sehr tiefem Niveau angesiedelt. Auch hier zeigten die Bemühungen der SUK eine gewisse Wirkung, und die Grundbeiträge wurden insgesamt noch um 80 Millionen Franken erhöht.

Angesichts der Kürzungen, welche die in der Botschaft BFT 2004–2007 versprochenen Bundesbeiträge durch die verschiedenen Sparprogramme und Kreditsperren schliesslich erfuhren, werden die Zahlen der Botschaft BFI 2008–2011 allerdings mit Vorsicht zu betrachten sein. Die Kantone haben sich jedenfalls vorbehalten, sich während der parlamentarischen Debatte der Botschaft weiterhin für einen höheren Prozentsatz der Gesamtsteigerung auszusprechen als die vorgesehenen 6%.

1.6 Kooperationsprojekte 2008–2011

Nachdem ursprünglich für die Kooperationsprojekte der kommenden Periode die Einrichtung eines gemeinsamen «Kooperationsfonds» für kantonale Universitäten, ETH, Fachhochschulen und EDK-Projekte diskutiert worden war, kam man schliesslich aus Gründen der verschiedenen Zuständigkeiten auf die bestehende Lösung mit verschiedenen Töpfen zurück. Die Projekte im Hochschulbereich sollen aber in der SUK gemeinsam besprochen werden, auch wenn die Entscheidungen dann in den jeweils zuständigen Gremien getrennt fallen.

Im Oktober lancierte die SUK die Ausschreibung für Innovations- und Kooperationsprojekte 2008–2011. In einer ersten Phase wurde zur Einreichung von Projektskizzen bis Ende Januar 2007 eingeladen. Die Projekte werden von Anfang an in drei Kategorien eingeteilt:

- Kategorie A: Projekte, die für den Bund von strategischer Bedeutung sind;
- Kategorie B: Projekte der CRUS für alle universitären Hochschulen der Schweiz;
- Kategorie C: Projekte der einzelnen Hochschulen.

Die Projektskizzen werden von einem Ad-hoc-Komitee unter der Leitung von Frau Prof. A. Schenker-Wicki auf die strukturellen, organisatorischen und universitätspolitischen Aspekte hin geprüft, bei Bedarf auch von Experten des Fachbereichs auf die wissenschaftlichen Aspekte hin. Anschliessend

werden die geeigneten Projekte eingeladen, einen ausführlichen Projektantrag einzureichen. Die definitiven Finanzierungsbeschlüsse werden von der SUK im Herbst/Winter 2007 gefasst.

1.7 Bologna-Prozess

Am 1. Februar trat der Beschluss der SUK in Kraft, der die Gleichwertigkeit von Lizentiat bzw. Diplom und Masterabschluss festhält. Die Universitäten müssen die Absolventen der drei Studiengänge gleich behandeln und die Gleichwertigkeit der Abschlüsse auf Gesuch hin bescheinigen. Auch ohne Bescheinigung sind Inhaber eines Lizentiats oder Diploms befugt, alternativ den Mastertitel zu tragen. Damit wird verhindert, dass die Absolventen der «alten» Studiengänge durch die Bologna-Reform diskriminiert werden. Der Beschluss wurde als Art. 6a (Übergangsbestimmung zur Gleichwertigkeit von Lizentiat und Masterabschluss) in die Bologna-Richtlinien aufgenommen.

Im übrigen erstattete die CRUS der SUK Bericht über die Umsetzung der Bologna-Richtlinien im Vorjahr 2005. Daraus geht hervor, dass im Wintersemester 2005/06 an den Universitäten der Schweiz bereits 233 Bachelor- und 220 Masterstudiengänge sowie 15 spezialisierte Masterstudiengänge angeboten wurden. 48% aller Studierenden belegten einen dieser neuen gestuften Studiengänge. Ab Wintersemester 2006/07 werden keine herkömmlichen Lizentiats- oder Diplomstudiengänge mehr starten;

die letzten werden voraussichtlich bis zum Jahr 2012 auslaufen. Der Bericht ist auf der Webseite der CRUS verfügbar: <http://www.crus.ch>.

Die SUK nahm Kenntnis von der Regelung der CRUS zur Festlegung der Studienrichtungen sowie für die Zuordnung der Bachelorstudiengänge vom 11. November 2005 und von der Regelung der CRUS für die Zulassung zu den Spezialisierten Masterstudiengängen an den schweizerischen Universitäten vom 16. September 2005.

1.8 Verbesserung der Betreuungsverhältnisse

Wie bereits in den Jahren 2004 und 2005 wurde auch 2006 jener Teil der Grundbeiträge, der eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr darstellt, zweckgebunden für die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in den Geistes- und Sozialwissenschaften ausbezahlt.

In ihrem Bericht über die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse im Jahr 2005 teilt die CRUS mit, dass das akademische Personal der kantonalen Universitäten in den Geistes- und Sozialwissenschaften (Professuren und Mittelbau) gesamtschweizerisch um 212 Vollzeitäquivalente erhöht wurde. Betrachtet man die Betreuungsverhältnisse in den Geistes- und Sozialwissenschaften auf Ebene der Professuren, so konstatiert man eine Verbesserung von 65 Studierenden pro Professur auf 61 Studierende. In einzelnen Fächern mit den bisher schlechtesten Be-

treungsverhältnissen ist teilweise eine wesentlich deutlichere Verbesserung festzustellen. Die SUK nahm den Bericht mit Befriedigung zur Kenntnis.

Verbesserung der Betreuungsverhältnisse	
<i>Tranchen pro Universität</i>	
Universität Basel	5'960'570.-
Universität Bern	6'984'353.-
Universität Freiburg	3'551'723.-
Universität Genf	7'605'356.-
Universität Lausanne	5'216'932.-
Universität Luzern	533'862.-
Universität Neuenburg	2'462'667.-
Universität St. Gallen	2'205'741.-
Università della Svizzera italiana	1'348'400.-
Universität Zürich	10'377'083.-
Total	46'246'687.-

1.9 Akkreditierung und Qualitätssicherung

Die SUK akkreditierte das Doktoratsprogramm der Graduiertenkollegien Gender Studies Schweiz der Universitäten Basel, Bern/Freiburg, Genf/Lausanne und Zürich, den Studiengang Humanmedizin der medizinischen Fakultät der Universität Genf, drei MAS-Studiengänge (Master of Advanced Studies in Children's Rights, Master Européen en Médiation und Executive MBA in Tourism Management) des Institut Universitaire Kurt Bösch (IUKB) und einen Weiterbildungslehrgang «Executive MBA in Nonprofit-Organisation-Management» des Verbandsmanagement Institut der Universität Freiburg. Ferner wurden die Theologische Hochschule Chur (THC) und das Verbandsmanagement Institut der Universität Freiburg als Institutionen des universitären Hochschulbereichs akkreditiert.

Ein Akkreditierungsgesuch wurde abgelehnt. Im Berichtsjahr hob die Schiedsinstanz einen Entscheid aus dem Jahre 2004 auf und wies die Sache zur Neubeurteilung an die SUK zurück.

Im Dezember 2006 verabschiedete die SUK in zweiter Lesung die Richtlinien für die Qualitätssicherung an den schweizerischen universitären Hochschulen (Qualitätssicherungsrichtlinien; vgl. Anhang 2), die für den Bund und die Kantone verbindlich sind. Erfreulicherweise konnte nach einer breit durchgeführten Vernehmlassung Konsens unter den verschiedenen Akteuren hergestellt werden. Ziel der Richtlinien ist es, qualitativ hochstehende Leistungen in Lehre und Forschung sicher zu stellen

und die Transparenz für die Studierenden und die Öffentlichkeit zu verbessern. Die Richtlinien richten sich an alle beitragsrechtlich anerkannten Universitäten und die ETH. Die ETH werden neu auch an den nationalen Quality-Audits teilnehmen, obwohl sie nicht nach UFG beitragsrechtlich anerkannt sind.

Die neuen Richtlinien verpflichten diese universitären Hochschulen, ein Qualitätssicherungssystem einzuführen, das den Standards von Art. 3 der Richtlinien entspricht. Inhaltlich zielen die Standards darauf ab, dass die Universitäten eine auf ihre Besonderheiten und Bedürfnisse ausgegerichtete Qualitätssicherungsstrategie festlegen, unter Einbezug aller universitären Kernaufgaben (insbesondere Lehre und Forschung) und integriert in ihre Gesamtstrategie. Über die Ergebnisse der Qualitätssicherungsmassnahmen sollen die Universitätsangehörigen, die politischen Behörden und die Öffentlichkeit angemessen informiert werden. Im Rahmen der periodischen beitragsrechtlichen Überprüfung nach UFG wird das Staatssekretariat für Bildung und Forschung das Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung (OAQ) künftig beauftragen, die Qualitätssicherungssysteme zu überprüfen. Geplant ist zudem, im Zusammenhang mit der Revision der Akkreditierungsrichtlinien die institutionelle Akkreditierung mit der beitragsrechtlichen Überprüfung zu verbinden.

Die von der SUK im letzten Jahr angeregte Revision der Richtlinien für die Akkreditierung im universitären Hochschulbereich in der Schweiz wurde im Berichtsjahr in Angriff genommen. Die Revision wurde

auch infolge der Verabschiedung des Medizinalberufegesetzes (MedBG) durch die Eidgenössischen Räte im Frühjahr 2007 notwendig.

Im Berichtsjahr wurde schliesslich das OAQ evaluiert. Die Expertengruppe unter dem Präsidium von Herrn Prof. Dr. Marco Baggiolini bestand aus verschiedenen internationalen Expertinnen und Experten, namentlich Herrn Dr. Karl Dittrich (Niederlande), Frau Prof. Dr. Christiane Heitz (Frankreich), Herrn Dr. Achim Hopbach (Deutschland), Frau Lesley Wilson (Belgien) und Herrn Dr. Christian Thieme (Deutschland). Die Expertengruppe wurde von Herrn Dr. h.c. Gerhard Schuwey (Altdirektor des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft) beraten. Das Generalsekretariat der SUK führte das Sekretariat und unterstützte die Expertengruppe bei der Evaluation. Nach der Selbstevaluation des OAQ führte die Expertengruppe in Bern zwei Meetings durch, an denen mit den verschiedenen Akteuren des Hochschulbereichs Interviews geführt wurden. Schliesslich präsentierte die Expertengruppe die Ergebnisse der Evaluation in einem Schlussbericht. Als Resultat kann festgehalten werden, dass das OAQ im Wesentlichen die internationalen Standards für Akkreditierungsagenturen erfüllt. Die Experten gaben zugunsten des OAQ und der SUK einige Empfehlungen ab, wie die Arbeit in Zukunft noch besser gestaltet werden kann.

Ende Jahr wurde das OAQ Vollmitglied der European Association for Quality Assurance in Higher Education (ENQA).

1.10 Zusammenarbeit mit der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten

Strategische Planung 2008–2011

Im Frühjahr nahm die SUK den Bericht der CRUS zur strategischen Planung 2008–2011 zur Kenntnis. Sie beschloss, für die betreffende Periode die folgenden strategischen Prioritäten zu unterstützen:

- Abschluss der Umsetzung des Bologna-Prozesses;
- Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in den noch unterdotierten Fächern;
- Reform der Doktorandenausbildung;
- Konsolidierung der Schweizer Forschung dank leistungsfähigen Exzellenzzentren und einer verstärkten Profilbildung der Hochschulen.

Mit der Übermittlung dieser Prioritäten präsentierte die SUK dem Bund auch den Finanzbedarf im Hinblick auf die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2008–2011. Sie beantragte eine jährliche Steigerung der Grundbeiträge um mindestens sechs Prozent, ausgehend von der Tranche 2007. Das ergab ein Total der Grundbeiträge 2008–2011 von 2'550 Millionen Franken. Für die projektgebundenen Beiträge sah sie 239 Millionen Franken für vier Jahre vor, für die Investitionsbeiträge 299 Millionen Franken.

Übertritt universitäre Hochschulen / Fachhochschulen

Zur noch ungelösten Frage der Übertritte zwischen universitären Hochschulen und Fachhochschulen wurde im Berichtsjahr im Rahmen der drei Rektorenkonferenzen der universitären Hochschulen (CRUS), der Fachhochschulen (KFH) und der pädagogischen Hochschulen (SKPH) ein erster Vorschlag ausgearbeitet. In dessen Zentrum steht eine Konkordanzliste, die aufführt, zwischen welchen Bachelor- und Masterstudiengängen der verschiedenen Hochschultypen ein Übertritt möglich ist. Diese Liste liegt aber noch nicht vor, so dass die SUK die inhaltliche Diskussion einer entsprechenden Vereinbarung auf das Jahr 2007 vertagte.

Virtueller Campus Schweiz

Gemäss der Organisation, die mit dem Konsolidierungsprogramm Virtueller Campus Schweiz (SVC) 2004–2007 eingeführt wurde, ist die CRUS mit dessen operationeller Durchführung beauftragt, während die Finanzierungsbeschlüsse und die Programmverantwortung Sache der SUK bleiben. Die Finanzierungsbeschlüsse werden aber auf Antrag des Lenkungsausschusses SVC gefasst. Die Beschlüsse zum SVC im Berichtsjahr betrafen zunächst die allgemeine Administration des Konsolidierungsprogrammes in seinem dritten Jahr und die Massnahmen zur besseren Anpassung gewisser ursprünglich festgelegter Bestimmungen an die Bedürfnisse. Nicht zu vergessen sind die Überlegungen

und Beschlüsse zur Zukunft, insbesondere für die Zeit nach 2007.

Im Jahr 2006 sprach die SUK eine Summe von Fr. 1'629'500.- zur Unterstützung der Nutzung und Weiterführung von 19 Projekten; 10 davon waren im Rahmen der 2 ersten Serien des Impulsprogramms 2000–2003 entwickelt worden, 9 im Rahmen der 3. Serie des Konsolidierungsprogrammes 2004–2007. An gut der Hälfte dieser Projekte waren ETH- und FH-Partner beteiligt. Bisher wurde für die Nutzung und Weiterführung von 40 Projekten der 3 ersten Serien total ein Betrag von Fr. 5'120'700.- genehmigt. Für die Ende 2005 finanzierte 4. Serie von Projekten sprach die SUK vor kurzem einen Rahmenkredit von Fr. 448'000.- für ursprünglich vorgesehene Ergänzungen, die aber nur jeweils abhängig von der Projektentwicklung gewährt werden. Die SUK genehmigte ausserdem die Finanzierung von 4 neuen Mandaten für einen Totalbetrag von Fr. 365'000.-. Diese Mandate fördern die Ausarbeitung neuer Strategien oder die Entwicklung von Onlinekursen an den Hochschulen. Anlässlich der Beschlüsse zur Auszahlung der Jahrestanchen für die verschiedenen dem Programm gewährten Kredite musste die SUK die Zahlungen für einige SVC-Projekte aufgrund grosser Verspätungen bei der Lieferung der vom Bund verlangten Berichte aussetzen. Zu erwähnen sind im Rahmen der Finanzierung schliesslich die den Universitäten von der SUK jährlich gewährten Pauschalen zur Unterstützung der Tätigkeit ihrer «Kompetenz-, Dienstleistungs- und Produktionszentren».

Die SUK hatte ausserdem mehrere Beschlüsse auf organisatorischer oder administrativer Ebene zu fassen. Zu nennen sind diesbezüglich die Verlängerung der Projektdauer, die Vereinfachung gewisser Entscheidungsverfahren und eine grössere finanzielle Flexibilität, um die vorgesehenen Mittel für die verschiedenen Programmteile besser an die Bedürfnisse anzupassen.

Der Ausführungsplan des Konsolidierungsprogramms sah bereits vor, dass die Finanzierung der Onlinekurse und ihr Unterhalt progressiv in die ordentlichen Budgets der Hochschulen übernommen werden sollten. Hingegen stellten sich die Fragen der – eventuell degressiven – Fortsetzung der Unterstützung für die «Kompetenz-, Dienstleistungs- und Produktionszentren» und jene der langfristigen Gewährleistung der für das Funktionieren des SVC unabdingbaren Basisdienstleistungen, insbesondere des Angebots einer gesamtschweizerischen Plattform.

In ihrer strategischen Planung 2008–2011, die der SUK im März 2006 vorgelegt wurde, hatte die CRUS das Thema einer spezifischen Unterstützung für das E-Learning in ein allgemeineres Projekt «Modernisierung der Lehre» integriert. Die SUK hatte das Projekt in die provisorische Liste der zukünftigen Kooperationsprojekte aufgenommen («Neues Lernen, Methoden und Materialien»). Schliesslich beschloss die CRUS, auf dieses Thema im Rahmen der Innovations- und Kooperationsprojekte für die nächste Beitragsperiode zu verzichten. Sie war der

Ansicht, dass die Weiterentwicklung der Lehre eine grundsätzliche Aufgabe jeder Universität sei und dass die nötigen Koordinations- und Kooperationsarbeiten keine zentralisierten Massnahmen auf der Basis einer Bundesfinanzierung rechtfertigten. Wie sie dem Lenkungsausschuss mitteilte, betrifft diese Entscheidung insbesondere die im Rahmen des Virtuellen Campus Schweiz initiierten Tätigkeiten; ausgenommen sind jedoch die gesamtschweizerischen technischen Dienstleistungen, die in das Projekt «Autorisations- und Authentifikationsinfrastruktur/AAI» von SWITCH integriert werden sollen. Der Lenkungsausschuss wurde überdies informiert, dass die Massnahmen, die er für 2008–2011 vorgeschlagen hatte, somit in der Verantwortung der einzelnen Universitäten liegen würden.

Die SUK hat die Entscheidung der CRUS zur Kenntnis genommen. Sie hält es an sich für gut, dass die Universitäten sich bereit erklären, die E-Learning-Aktivitäten selber zu unterstützen und sie in die generelle Weiterentwicklung der Lehre zu integrieren. Sie gab aber auch dem Anliegen der politischen Instanzen Ausdruck, das auf diesem Gebiet dank den beträchtlichen investierten Mitteln Erreichte nicht verloren gehen zu lassen. Mit Bezug auf die vom Lenkungsausschuss betonte wesentliche Rolle, welche die «Kompetenz-, Dienstleistungs- und Produktionszentren» bei der Begleitung der E-Learning-Projekte zu spielen haben, teilte die SUK der CRUS mit, dass die Aufrechterhaltung dieser Einrichtungen fundamental sei, wie auch immer sie organisiert würden.

Zulassungsverfahren Medizin

Das Interesse für das Studium der Medizin an den Universitäten Basel, Bern, Freiburg und Zürich war auch im vergangenen Jahr sehr gross, so dass die vier Universitätskantone aus Platzgründen den Zugang zur Humanmedizin, Zahnmedizin und Veterinärmedizin abermals mittels eines Eignungstests beschränken mussten. Auf insgesamt 546 Studienplätze in der Humanmedizin hatten sich Mitte Februar 1'712 Studienanwärter und -anwärterinnen angemeldet. Nach den üblichen Rückzügen waren es anfangs Juli noch 1'302 Personen. Das Studium der Veterinärmedizin an den Universitäten Bern und Zürich, wo insgesamt 150 Studienplätze zur Verfügung stehen, wollten Mitte Februar 348 Personen aufnehmen; im Juli waren es noch 278. In der Zahnmedizin, wo auf die 142 Studienplätze 217 Anmeldungen im Februar und 174 im Juli kamen, war die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage weniger gross, weshalb der Eignungstest hauptsächlich der Umleitung von Studierenden an Universitäten mit freien Plätzen diene.

Der Eignungstest für das Medizinstudium fand am 7. Juli 2006 gleichzeitig an acht Testorten in drei Sprachen statt: Basel, Bern, Chur, St. Gallen, Suhr und Zürich (deutsch), Freiburg (französisch) und Bellinzona (italienisch). 2006 haben auch die Medizinischen Universitäten Innsbruck und Wien eine Zulassungsbeschränkung einführen müssen und dafür in enger Kooperation mit der CRUS und dem

ZTD den gleichen Eignungstest als Zulassungskriterium eingesetzt. In der Schweiz nahmen insgesamt 1'688 Personen am Test teil.

Die Studienplätze wurden auf der Basis der Ergebnisse des Eignungstests zugeteilt. Trotz der üblichen Rückzugsquote von rund 25% der angemeldeten Personen und trotz der grossen Anzahl von Umleitungen erhielten in der Humanmedizin in diesem Jahr lediglich 50% der Angemeldeten einen Studienplatz (2005: 56%). In der Veterinärmedizin waren 61% erfolgreich (2005: 71%) und in der Zahnmedizin 99% (2005: 100%). Die 759 abgewiesenen Testteilnehmer und -teilnehmerinnen konnten in einem anderen, nichtmedizinischen Studienfach das Studium an ihrer Wunschuniversität aufnehmen.

Die SUK nahm im übrigen die Anfängerkapazitäten der medizinischen Studiengänge für das akademische Jahr 2007/08 zustimmend zur Kenntnis und bestimmte den Grenzwert für die Durchführung des Eignungstests 2007 (unverändert: Kapazitäten plus 20%).

Gegen Ende des Jahres brachte das Zentrum für Testentwicklung und Diagnostik der Universität Freiburg den Bericht über den Eignungstest 2006 heraus.

1.11 Zusammenarbeit mit dem Fachhochschulrat der EDK

An der Klausurtagung der SUK vom 15./16. Juni, wo es um die zentralen offenen Fragen für das neue Hochschulrahmengesetz ging, war der Fachhochschulrat wiederum beteiligt (siehe Kap. 1.2). Auch die Stellungnahmen der beiden Gremien zum Entwurf der Botschaft 2008–2011 erfolgten in Absprache.

1.12 Luzern Vollmitglied der SUK

Am 10. März 2006 unterzeichnete der Bildungsdirektor des Kantons Luzern die Zusammenarbeitsvereinbarung. Damit wurde Luzern zum stimmberechtigten Vollmitglied der Schweizerischen Universitätskonferenz.

Bisher hatte der Kanton Luzern den Status eines ständigen Gastes der SUK ohne Stimmrecht. Nachdem der Bundesrat im Sommer 2005 Luzern als Universitätskanton anerkannt hatte, war der Weg offen für den Beitritt zum Konkordat über universitäre Koordination und die Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Universitätskantonen über die Zusammenarbeit im universitären Hochschulbereich. Luzern verfügt nun über das volle Mitbestimmungsrecht bei der gesamtschweizerischen Koordination im universitären Hochschulbereich. Die SUK hat somit neu vierzehn stimmberechtigte Mitglieder.

1.13 Wahlen

Die Schiedsinstanz der SUK nach Art. 9 der Zusammenarbeitsvereinbarung erhielt auf anfangs Juli einen neuen Präsidenten. Prof. Dr. Gustavo Scartazzini (Luzern) übernahm das Amt vom bisherigen Präsidenten, Prof. Dr. Adrian Staehelin (Basel).

Im Dezember orientierte die Präsidentin die Mitglieder der SUK über die Ausgangslage für die Neuwahl des Präsidiums am 19. April 2007 für die Amtsperiode ab 1. Mai 2007.

1.14 Verschiedenes

Zulassung von Ausländern zum Medizinstudium

Im Oktober empfahl die SUK den Kantonen mit Eignungstest, die in den Richtlinien der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) vom 26. März 1998 festgelegten Regelungen für die Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern zum Medizinstudium in das kantonale Verordnungsrecht aufzunehmen. Die Richtlinien der SHK haben mit dem UFG ihre Verbindlichkeit verloren und stellen keine ausreichende legale Basis mehr dar. Das Generalsekretariat der SUK stellte den Kantonen eine ausformulierte Musterverordnung zur Verfügung.

Weitere Aktivitäten der SUK

Die SUK befasste sich im übrigen mit folgenden Geschäften:

- Sie nahm Stellung zu den «Sechs Vorschlägen für eine Stärkung der Hochschulmedizin» des politischen Ausschusses «Hochschulmedizin» vom 1. März 2006.
- Sie stimmte dem vom SBF vorgeschlagenen Prozentsatz des Kohäsionsfonds im Rahmen der Grundbeiträge 2005 (Auszahlungsjahr 2006) zu.
- Sie nahm Stellung zum Entwurf eines neuen Hochschul- und Innovationsförderungsgesetzes des Kantons Aargau.
- Sie nahm Kenntnis vom Schlussbericht der vom SBF und vom BBT mandatierten Arbeitsgruppe «Architektur».
- Sie nahm Kenntnis vom vorgesehenen Verfahren zur Verteilung der im Rahmen des Kohäsionsbeitrags für die neuen EU-Mitgliedstaaten in Aussicht gestellten Stipendien.
- Sie nahm zu Handen des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie Stellung zum Ausführungsrecht betr. Akkreditierung im Bereich Fachhochschulen.

- Sie regte das Staatssekretariat für Bildung und Forschung dazu an, dem Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierat den Auftrag zu einer Studie über den künftigen Bedarf an Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz zu erteilen. Die Studie ist inzwischen in Vorbereitung.

Zusammenarbeit mit weiteren Organen

Auch im Berichtsjahr arbeitete die SUK mit zahlreichen Organen der Hochschulpolitik und der Verwaltung auf nationaler, kantonaler und regionaler Ebene konstruktiv zusammen.

2 Tätigkeitsbericht der Lenkungsausschüsse und Kommissionen

2.1 Konferenz der Dienstchefs Hochschulwesen

An ihren zwei Sitzungen hat die Konferenz der Dienstchefs Hochschulwesen die Hauptthemen der SUK vorbesprochen und einen intensiven Informationsaustausch gepflegt.

An der ersten der beiden Sitzungen stellte der Präsident des Lenkungsausschusses Kostenrechnung die bevorstehende Publikation der Ergebnisse der Kostenrechnung 2004 vor. Im Weiteren wurden Finanzierungsfragen im Zusammenhang mit der Kostenrechnung besprochen. Ein zweites Diskussionsthema waren die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Studie über die Standardkosten. Die Gleichwertigkeit von Lizentiat und Masterabschluss sowie die Zulassung von Ausländern zum Medizinstudium waren weitere Themen.

Die zweite Sitzung war dem Verfahren zur Ausschreibung und Vergabe der projektgebundenen Beiträge 2008–2011 sowie den Schlussberichten der fünf Arbeitsgruppen zu den zentralen Fragen der Hochschullandschaft gewidmet: Finanzierung, Steuerung, Entscheidungsverfahren, Akkreditierung und Titelschutz sowie Rektorenkonferenz.

2.2 Lenkungsausschuss Chancengleichheit

Im Berichtsjahr führte der Lenkungsausschuss Chancengleichheit fünf Sitzungen durch.

Modul 1 «Anreizsystem»

Im Modul 1 wurden Fr. 1'100'000.– an diejenigen Universitäten verteilt, die im Zeitraum vom 1.9.05 bis 31.8.06 ordentliche und ausserordentliche Professorinnen neu angestellt hatten. Gesamtschweizerisch wurden auf dieser Stufe im akademischen Jahr 2005/2006 insgesamt 45 Frauen berufen. Das sind rund 29 Prozent aller Berufungen. Damit wurden in den sieben Jahren des Bundesprogramms Chancengleichheit 2000–2006 total 200 Professorinnen berufen. Das konkrete Ziel des Bundesprogramms Chancengleichheit, den Anteil der Professorinnen an Schweizer Universitäten von 7% im Jahr 2000 auf 14% im Jahr 2006 zu erhöhen, wurde erreicht. Bei den beiden ETH liegt der Professorinnenanteil bei 6%.

Projekte Modul 2 «Mentoring»

Die 18 im letzten Jahr bewilligten Mentoringprojekte wurden alle erfolgreich gestartet.

Im Modul 3 «Kinderbetreuung» werden keine Projekte mehr ausgeschrieben, sondern nur noch Sockel- und Grundbeiträge ausbezahlt.

Sockel und Grundbeiträge Modul 2 «Mentoring» und Modul 3 «Kinderbetreuung»

Für die Module 2 und 3 wurden wiederum fixe Sockel- (M2 Fr. 30'000.- und M3 Fr. 35'000.- pro Universität) und variable Grundbeiträge (M2 Fr. 500'000.- und M3 Fr. 600'000.- total) ausgerichtet. Die Höhe der Grundbeiträge richtet sich nach der jeweiligen Zahl von an Frauen verliehenen Erstabschlüssen und Doktoraten. Die Basis stellen die Zahlen des Bundesamtes für Statistik dar (Durchschnittswerte der Jahre 2002–2004). Die Beiträge müssen zweckgebunden verwendet werden.

Reporting und Controlling

Das vom Staatssekretariat SBF verlangte Reporting über die im Jahr 2005 ausbezahlten projektgebundenen Beiträge gab detailliert Auskunft darüber, welche Massnahmen die Universitäten mit diesen projektgebundenen Beiträgen im Bereich Chancengleichheit ergriffen haben.

Evaluation

Die Verhandlungen des Lenkungsausschusses Chancengleichheit mit der Begleitgruppe Evaluation 2000–2007 wurden im Januar weitergeführt. An der ersten Sitzung des Jahres einigte man sich auf eine geringe Senkung des Kostendachs und eine begründete Anpassung der Instrumente, die Einfluss auf Ziele und Zielpublikum hatten. Das Mandat ging an das externe Evaluationsteam Ruth Bachmann, Interface Luzern, Christine Spreyermann, sfinx Bern, und Christine Rothmayr, Genf und Montreal, das bereits die erste Evaluation des Chancengleichheitsprogramms 2000–2003 durchgeführt hatte. Auf Mitte 2007 wird ein Zwischenbericht erwartet.

Tagungen und Öffentlichkeitsarbeit

Der Lenkungsausschuss des Bundesprogramms Chancengleichheit und die Universität Luzern organisierten am 23. März ein Symposium ‚Wer sind die Besten? – Chancengleichheit im Berufungsverfahren‘. Akademische Karrieren, Leistungs- und Exzellenzbeurteilungen wurden fokussiert, aktuelle Forschungsergebnisse präsentiert und konkrete Modelle für den Einbezug von Gender-Expertise in Berufungsverfahren vorgestellt. Konventionen, Vorurteile und Konkurrenz in Auswahlverfahren standen zur Debatte. Ein Tagungsband soll im Frühjahr 2007 publiziert werden.

Verschiedene Mitglieder des Lenkungsausschusses nahmen an diversen internationalen Tagungen teil und hielten dort teilweise selber Vorträge. Helen Füger von der Universität Freiburg übernahm die Koordination eines «concerted action»-Projektes der Europäischen Union zum Thema «Mentoringprogramme».

Die Öffentlichkeit wird regelmässig über den Stand des Programms informiert. Aktuelle Ergebnisse und Publikationen finden sich auf www.cus.ch, Rubrik «Projektgebundene Beiträge / Projekte 2004–2007/ Chancengleichheit».

2.3 Lenkungsausschuss Kostenrechnung

Im Berichtsjahr wurden im Bereich der Kostenrechnung verschiedene Themen bearbeitet: Verbesserung der Datenqualität, Ergebnisse der Rechnungsjahre 2004 und 2005 und Zukunft des Projekts. Diese Themen wurden sowohl vom Lenkungsausschuss «Kostenrechnung» als auch von der SUK behandelt. Der Lenkungsausschuss führte drei Plenarversammlungen und drei weitere Sitzungen in beschränkter Zusammensetzung durch. An einer Sondersitzung traf sich eine Delegation der Konferenz der Dienstchefs mit einer Delegation des Lenkungsausschusses. In der SUK standen die verschiedenen Themen auf der Traktandenliste von drei Sitzungen.

Verbesserung der Kostenrechnung

Wie in der 2005 durchgeführten Projektevaluation empfohlen war die SUK bestrebt, die Datenqualität und die Vergleichbarkeit der Kostenrechnungsergebnisse zu verbessern. Sie erteilte dem Lenkungsausschuss daher den Auftrag, Lösungen für die aufgetauchten Probleme zu suchen. Diese hatten hauptsächlich die Art der Anwendung gewisser Elemente des Modells durch die Hochschulen betroffen.

Der Lenkungsausschuss setzte daraufhin Arbeitsgruppen ein. Nach Abschluss ihrer Arbeiten unterbreitete er der SUK eine Serie von Vorschlägen. Es ging dabei um die Harmonisierung der Methoden zur Erfassung der Tätigkeitsanteile und zum Leistungstransfer innerhalb der universitären Institutionen und zwischen ihnen, um die genauere Definition der Dienstleistungen (um sie insbesondere besser von der Forschung abgrenzen zu können) sowie um eine systematische interne und externe Plausibilitätsprüfung der Ergebnisse. Der Lenkungsausschuss schlug ausserdem vor, für die Berechnung der Betreuungsverhältnisse neben den Professorinnen und Professoren auch die Angehörigen des oberen Mittelbaus zu berücksichtigen. Da der Vorschlag zur Abgrenzung der Dienstleistungen nach Meinung einiger Mitglieder der SUK der Vergleichbarkeit mit dem Fachhochschulbereich und der internationalen Praxis nicht ausreichend Rechnung trug, wurde unter Beizug der Dienstchefs ein Kompromiss gesucht. Schliesslich konnte sich die SUK mit allen Vorschlägen einverstanden erklären. Sie äusserte sich auch

zur Erfassung der administrativen Tätigkeiten, und sie beauftragte den Lenkungsausschuss, das Kostenrechnungsmodell im Sinne ihrer Beschlüsse anzupassen. Diese neuen Modalitäten sind ab Rechnungsjahr 2006 anzuwenden.

Ergebnisse 2004 und 2005

Die Ergebnisse der universitären Kostenrechnung 2004 wurden veröffentlicht und waren Gegenstand einer Pressekonferenz am 20. April 2006. Es war das erste Mal, dass eine solche Publikation erschien. Zwar waren die Ergebnisse der einzelnen Hochschulen nicht vollumfänglich miteinander vergleichbar, da sie für die Medizin (siehe dazu Kap. 1.4) und für die interdisziplinären Bereiche noch unvollständig waren. Dennoch kam die SUK zum Schluss, dass eine Publikation die Transparenz und die qualitative Verbesserung für spätere Rechnungsjahre fördern würde. Die Veröffentlichung stiess sowohl in der Öffentlichkeit als auch in politischen Kreisen auf grosses Interesse. Die SUK rief bei dieser Gelegenheit in Erinnerung, dass die Einführung des Kostenrechnungsmodells an den universitären Hochschulen einen komplexen Prozess darstellt, dessen Entwicklung sich über mehrere Jahre erstrecken wird. Im Dezember 2006 nahm die SUK die Ergebnisse des Rechnungsjahres 2005 zur Kenntnis. Sie beschloss deren Veröffentlichung nach dem Modell des Rechnungsjahres 2004.

Die Einführung der Kostenrechnung hatte ursprünglich zum Ziel, die Transparenz zu fördern und den

politischen und universitären Verantwortlichen der Hochschulen ein Führungsinstrument in die Hand zu geben, das die einzelnen Hochschulen und so das System als Ganzes stärken sollte. Im Rahmen der Arbeiten zur Erneuerung der Hochschullandschaft, welche für die zukünftige Finanzierung der Hochschulen als Basis Standard- oder Referenzkosten vorsieht, erhält die Bestimmung der Kosten für die Leistungen der Hochschulen und namentlich der jährlichen Kosten der Lehre pro Student/in eine neue Bedeutung. Die Kostenrechnung wird ausserdem bessere Grundlagen für die Beiträge nach Interkantonaler Universitätsvereinbarung (IUV) liefern.

Übertragung der Kostenrechnungsdaten an das BFS

Auf Antrag des Lenkungsausschusses und mit Unterstützung des SBF hat die SUK letztendlich beschlossen, dem BFS einen finanziellen Beitrag von Fr. 150'000.– zu gewähren, um die Integration der Kostenrechnungsdaten in die offizielle Statistik zu beschleunigen. Diese Finanzierung soll es ermöglichen, dass bereits ab dem Rechnungsjahr 2006 die Kostenrechnungsdaten der universitären Hochschulen direkt an das BFS übermittelt werden und dass letzteres die Kontrolle, die Zusammenstellung der Gesamtergebnisse sowie die Publikation übernimmt. Bisher wurden diese Arbeiten in erster Linie durch die Projektgruppe an der Universität Bern und durch den Lenkungsausschuss geleistet. Im Jahr 2007 werden das BFS und der Lenkungsausschuss zusammenarbeiten. Die Projektgruppe an

der Universität Bern hingegen, welche die Arbeiten für die universitäre Kostenrechnung seit dem Jahr 2000 unterstützt hatte, beendete ihre Tätigkeit auf Ende des Berichtsjahres. Eine im August unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem SBF, der SUK und dem BFS präzisiert die Modalitäten dieser neuen Zusammenarbeit.

2.4 Lenkungsausschuss Konsortium der Hochschulbibliotheken

Der Lenkungsausschuss für das Modul E-Archiving des Konsortiums traf sich im Berichtsjahr zu zwei Sitzungen. Zusätzlich tagte das sechsköpfige erweiterte Präsidium zweimal.

Angepasste Struktur

Der Lenkungsausschuss ist seit Beginn des Jahres 2006 nur noch für das Modul E-Archiving des Konsortiums zuständig. Das Modul Lizenzen wird seit 2006 nicht mehr als Projekt finanziert, sondern von den Konsortialbibliotheken selbst getragen. Die bisherige enge Verbindung von E-Archiving und Lizenzierung hat sich jedoch so bewährt, dass auch auf der neuen Grundlage für das Modul Lizenzen ein funktional und personell sehr ähnlicher Lenkungsausschuss konstituiert wurde. Durch gemeinsame Sitzungen wird die Kontinuität in der inhaltlichen Zusammenarbeit gewahrt.

Digitalisierte Zeitschriften

Das Angebot digitalisierter elektronischer Zeitschriften (<http://retro.seals.ch>) hat grosses Interesse bei weiteren Fachgesellschaften gefunden. Der Lenkungsausschuss hat darauf reagiert und die Fortsetzung der Arbeiten in diesem Projektteil genehmigt. Dabei wird eine gute Abstimmung mit relevanten Partnern wie den Fachgesellschaften, den Akademien der Wissenschaften, Bibliotheken und allenfalls involvierten Verlagen angestrebt.

In diesem Sinne wurde im Mai 2006 ein halbtägiger Workshop in Bern veranstaltet, an dem Digitalisierungsmassnahmen aus dem Projekt und aus der Schweizerischen Landesbibliothek vorgestellt und diskutiert wurden.

Speicherung von Verlagszeitschriften

Die technische Infrastruktur für die nationale Speicherung von Verlagszeitschriften wurde erfolgreich installiert und die Archivdaten vom Verlag Elsevier geliefert. Sie müssen im Jahr 2007 in das System integriert werden. Die bisherigen Vorarbeiten haben bestätigt, dass die Prozesse beim Umgang mit Archivdaten auch auf Verlagsseite keineswegs ausgearbeitet sind. Bereits die bisher gewonnenen Erfahrungen sind daher im positiven und negativen Sinn ausgesprochen wertvoll.

Demgegenüber hat der Lenkungsausschuss aus Gründen des allzu aufwändigen Unterhalts entschie-

den, künftig auf einen eigenen Server zur lokalen Speicherung der Plattform Web of Knowledge mit verschiedenen Datenbanken zu verzichten. Die Ressourcen werden stattdessen auf die Speicherung von solchen Daten konzentriert, die unabhängig von einer Software des ursprünglichen Anbieters gehandhabt werden können.

Dokumentenserver

Um die Arbeiten an Dokumentenservern als Basis für die Umsetzung von Open Access voranzubringen, fand im Mai 2006 ein halbtägiger Workshop zu diesem Thema statt. Hier wurden die Aktivitäten verschiedener Partner in technischer Hinsicht und mit Blick auf die Open Access Policy der Institutionen vorgestellt. Mit grossem Interesse wurde zudem das in Auftrag gegebene Gutachten eines externen Experten zu rechtlichen Aspekten von Open Access aus Schweizer Sicht aufgenommen.

Für den zentralen Metadatenserver konnten erste Datenübernahmen von lokalen Servern ausgeführt werden.

Langzeitarchivierung

In Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Landesbibliothek und weiteren Partnern wurde als Teil der Langzeitarchivierungsstrategie ein Konzept für die Vergabe persistenter Identifikatoren (URNs) für digitale Ressourcen erarbeitet. Gespräche mit in-

und ausländischen Partnern bestätigen allerdings die bisherigen Resultate des Projekts: Umfassende und unmittelbar einsatzfähige technische Lösungen für die Langzeitarchivierung fehlen weiterhin und sind auch mittelfristig nicht zu erwarten. Umso höher ist daher die Bedeutung organisatorischer Massnahmen, die eine kontinuierliche Pflege erhaltungswürdiger Daten in verfügbaren Systemen ermöglichen.

2.5 Fachstelle für Hochschulbauten

Die Fachstelle für Hochschulbauten (FHB) hielt in der Berichtsperiode zwei Sitzungen ab.

Die FHB empfahl der SUK, die Subventionierung der Projekte des Kantons Waadt «Transformation des bâtiments de l'école de médecine de l'Université de Lausanne» und «Université de Lausanne – Extension BFSH 1» zu unterstützen.

Im Gesuch des Kantons Genf «5e étape du Centre médical universitaire CMU» stellte die FHB noch einige Mängel fest. Insbesondere treibt der Nutzungsmix des Gebäudes die Kosten in die Höhe. Die Expertise wird noch ergänzt.

Die FHB empfahl der SUK die Unterstützung des Bausubventionsgesuchs des Kantons Luzern für die Universität Luzern (Frohburg). Im ehemaligen Postbetriebsgebäude, das zwischen Hauptbahnhof und Kultur- und Kongresszentrum Luzern sehr

zentral gelegen ist, sollen nach einem umfassenden Umbau die Universität Luzern sowie die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz untergebracht werden.

Im Weiteren nahm die FHB Kenntnis vom Vorhaben des Kantons Bern, auf dem Gelände des «von Roll-Areals» eine neue Überbauung für die Philosophisch-humanwissenschaftliche Fakultät und das Departement für Sozialwissenschaften sowie den Speicher der Stadt- und Universitätsbibliothek zu realisieren.

Im Jahr 2007 plant die FHB, basierend auf den Daten des Jahres 2006, die Herausgabe der achten Aktualisierung des Flächeninventars der Hochschulbauten.

3 Publikationen

- SUK-INFO Nr. 1–4/06 (d, f)
- Schweizerische Universitätskonferenz: Jahresbericht 2005 (d, f)
- Richtlinien für die koordinierte Erneuerung der Lehre an den universitären Hochschulen der Schweiz im Rahmen des Bologna-Prozesses (Bologna-Richtlinien) vom 4. Dezember 2003 und Kommentar, 2. Auflage, Stand: 1. Februar 2006 (d, f, i, e)
- Richtlinien für die Qualitätssicherung an den schweizerischen universitären Hochschulen (Qualitätssicherungs-Richtlinien) vom 7. Dezember 2006 inkl. Erläuterungen (d, f, i)
- Schlussbericht über die Evaluation des Organs für Akkreditierung und Qualitätssicherung der schweizerischen Hochschulen, 8. August 2006 (d, f, e)
- Kosten eines Universitätsstudiums. Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung 2004. Universitäten und ETH, April 2006 (d, f)

4 Finanzen

4.1 Jahresrechnung 2006

Aufwand SUK	Budget 2006	Ausgaben 2006
Personalaufwand (Saläre, Personalversicherungen, Beiträge Publica)	1'055'000.—	1'025'457.40
Betriebsaufwand (Miete, Material, Telefon, Elektrizität, Spesen, Mobilier, Einrichtungen, EDV)	438'000.—	420'718.40
Projekte, Expertisen, Tagungen, Kommissionen (Projekte, Expertisen, SUK und Jahrestagung, FHB, Andere)	80'000.—	50'172.85
Verschiedenes	15'000.—	—.—
TOTAL	1'588'000.—	1'496'348.65

Gesamtübersicht der Aufwendungen

Soll		Haben		Saldo
Aufwand SUK	1'496'348.65	Beiträge Bund, Kantone	1'538'000.—	
		Einnahmen und Rückerstattungen	47'462.—	
		Zinserträge Kontokorrente und Bank	13'844.60	+102'957.95
Beiträge an VKHS	492'824.65	Beiträge Kantone an VKHS	533'780.—	+40'955.35
Chancengleichheit	201'840.—	Chancengleichheit	223'705.50	+21'865.50
Kostenrechnung	134'962.40	Kostenrechnung	150'918.35	+15'955.95
Konsortium	1'504.94	Konsortium	88.70	-1'416.24
Evaluation Kostenrechnung	110'784.99	Evaluation Kostenrechnung	100'000.—	-10'784.99
Rückstellungen SUK (Akkreditierungsverfahren)	50'000.—			
Rückzahlung Kantone	63'796.15			
Rückzahlung Bund	55'737.37			-169'533.52
Total Soll	2'607'799.15	Total Haben	2'607'799.15	—.—

4.2 Bilanz per 31. Dezember 2006

Aktiven		Passiven		Saldo
Kasse	700.—	Kreditoren	44'711.30	
Konto SUK UBS	368'959.26	Überschuss Kantone 2006	77'972.10	
		Überschuss Bund 2006	77'972.11	-169'003.75
Konto Chancengleichheit UBS	318'667.30	Guthaben Bund Chancengleichheit	301'732.55	-16'934.75
Kontokorrent Kostenrechnung UBS	35'740.60	Guthaben Bund Kostenrechnung	32'511.35	-3'229.25
Kto Uni-Kantone BEKB	789'929.34	Guthaben Uni-Kantone BEKB	789'929.34	—.—
Kto VKHS BEKB	49'932.22	Guthaben Kto VKHS BEKB	108'327.77	58'395.55
Transitorische Aktiven	88'447.95	Transitorische Passiven	219'220.15	130'772.20
Total Aktiven	1'652'376.67	Total Passiven	1'652'376.67	—.—

Der Versicherungswert des Inventars beträgt:

– Bewegliche Sachen	650'000.—
– Elektronische Anlagen	200'000.—

4.3 Budget 2007

Personalaufwand	1'070'000.—
(Saläre, Sozialabgaben, Beiträge an Publica)	
Betriebsaufwand	438'000.—
(Miete, Sachaufwand, Mobiliar, Apparate, EDV)	
Projekte, Expertisen, Tagungen, Kommissionen und Arbeitsgruppen	80'000.—
Verschiedenes und Unvorhergesehenes	15'000.—
<hr/>	
TOTAL BUDGET	1'603'000.—
./. Einnahmen durch Untermiete und Diverses	-50'000.—
GESAMTTOTAL BUDGET 2007	1'553'000.—

Aufteilung der Finanzierung 2007

Einnahmen durch Untermiete und Diverses		50'000.—
A.	Anteil Bund (50%)	776'500.—
B.	Anteil der Universitätskantone (unter Berücksichtigung der Finanzkraft)	
	Zürich	89'597.—
	Bern	74'663.—
	Luzern	74'663.—
	Freiburg	59'731.—
	Basel-Stadt	89'597.—
	St. Gallen	74'663.—
	Tessin	74'663.—
	Waadt	74'663.—
	Neuenburg	74'663.—
	Genf	89'597.—
	Total Universitätskantone (50%)	776'500.—
Total Beiträge Bund und Kantone		1'553'000.—
TOTAL EINNAHMEN 2007		1'603'00.—

5 Mitglieder der SUK, ihrer Lenkungsausschüsse und Kommissionen sowie des Generalsekretariats

Schweizerische Universitätskonferenz

Mitglieder:

Regierungsrätin Regine Aepli, Präsidentin
Staatssekretär Dr. Charles Kleiber, Vizepräsident
Regierungsrat Mario Annoni (bis 31.5.)
Staatsrat Charles Beer
Staatsrätin Isabelle Chassot
Regierungsrat Dr. Christoph Eymann
Staatsrat Gabriele Gendotti
Regierungsrat Rainer Huber
Staatsrätin Anne-Catherine Lyon
Regierungsrat Dr. Matthias Michel
Staatsrätin Sylvie Perrinjaquet
Regierungsrat Dr. Bernhard Pulver (ab 1.6.)
Regierungsrat Dr. Anton Schwingruber (ab. 10.3.)
Regierungsrat Hans Ulrich Stöckling
Prof. Dr. Alexander Zehnder

Ständige Gäste:

Dr. Madeleine Salzmann
Regierungsrat Dr. Anton Schwingruber (bis 9.3.)

Mit beratender Stimme:

Dr. Nivardo Ischi, Generalsekretär
Margrit Meier
Rektor Prof. Dr. Jean-Marc Rapp (bis 31.8.)
Dr. Ursula Renold
Rektor Prof. Dr. Hans Weder (ab 1.9.)

Generalsekretariat:

Jean-Marc Barras
Gerda Burkhard
Dr. Andrea Stegmann

*Sitzungen: 6. April, 16. Juni, 12. Oktober,
7. Dezember*

Konferenz der Dienstchefs Hochschulwesen

Mitglieder:

Dr. Nivardo Ischi, Präsident
Eric Baier
Dr. Rolf Bereuter
Dr. Sebastian Brändli
Jean-Jacques Cléménçon
Dr. Christoph Grolimund
Dr. Alexander Hofmann
Jakob Locher
Dr. Mauro Martinoni (bis 30.6.)
Dr. Karin Pauleweit (ab 10.3.)
Christian Pilloud
Joakim Rüeegger
Prof. Dr. Sandro Rusconi (ab 1.7.)
Silvia Studinger
Dr. Barbara Vauthey Widmer

Ständiger Gast:

Dr. Karin Pauleweit (bis 9.3.)

Generalsekretariat:

Jean-Marc Barras
Gerda Burkhard
Dr. Andrea Stegmann

Sitzungen: 3. Februar, 5. Mai, 25. August

Lenkungsausschuss Chancengleichheit

Mitglieder:

Prof. Dr. Katharina von Salis, Präsidentin
Barbara Balestra
Dr. Geneviève Billeter
Dr. Sibylle Drack
Prof. Dr. Bernhard Ehrenzeller
Helen Füger
Dr. Thomas Hildbrand
Barbara Müller (bis 31.8.)
Prof. Dr. Jean-Marc Neuhaus (ab 12.9.)
Christa Sonderegger
Simone Sprecher (ab 11.9.)
Guite Theurillat
Dr. Ursula Thomet
Prof. Dr. Franziska Tschan Semmer (bis 11.9.)

Ständige Gäste:

Caroline Ceppi (ab 1.8.)
Ursula Hirt (bis 28.2.)
Debora Kern (vom 1.4. bis 31.7.)
Susan Killias
Katharina Poiger
Irene Rehmann
Maya Widmer

Lenkungsausschuss Konsortium der Hochschulbibliotheken

Generalsekretariat:

Gerda Burkhard

Mirjam Christe-Heiniger

Dr. Gabriela Obexer-Ruff

*Sitzungen: 11. Januar, 13. März, 2. Juni,
21. September, 16. November*

Mitglieder:

Gabrielle von Roten, Präsidentin

Hannes Hug

Dr. Wolfram Neubauer

Hanspeter Quenzer

Hubert Villard

Prof. Dr. Jörg Winistörfer

Ständige Gäste:

Dr. René Bloch

Suzanne Monnier (ab 1.6.)

Estelle Papaux (bis 31.3.)

Werner Reinhardt

Dr. Matthias Töwe

Kurt Wechsler

Generalsekretariat:

Dr. Andrea Stegmann

Sitzungen: 28. Juni, 6. Dezember

*Sitzungen erweitertes Präsidium: 17. Januar,
22. Mai*

Lenkungsausschuss Kostenrechnung

Mitglieder:

Elias Köchli, Präsident *

Bertold Walther, Vizepräsident *

Jean-Marc Barras *

Monique Bersier

Peter Bless

Jacques Bonnet

Patricia Buholzer

Urs Dietrich

Dr. Urs Hugentobler

Petra Koller *

Béatrice Lambert

Edi Lanker

Dr. Jürgen Rümmele

Luisa Tettamanti

Gerhard Tschantré

Dr. Raymond Werlen *

Pierre Wyss

Urs Zemp *

Gast:

Philippe Gaillard

Projektgruppe:

Bettina Marcolli

** Mitglied des Ausschusses*

*Sitzungen: 19. Januar, 23. März, 21. April, 11. Mai,
30. Mai, 23. Oktober*

Fachstelle für Hochschulbauten

Mitglieder:

Markus Weibel, Präsident
Christoph Affentranger
Valentin Bearth
Roland de Loriol
Richard de Senarclens
Philippe Donner
Bob Gysin
Markus Heggli (ab 7.11.)
Paul Lagast
Jean-Pierre Mathez
Heidi Müller-Wiederkehr
Heinrich Rüdlinger
Andreas Saurer (ab 14.3.)
Adrian Schwab (bis 14.3.)
Fritz Sieber (bis 14.3.)
Rudolf Trachsel (ab 14.3.)
Werner Vetter (bis 7.11.)
Urs Zemp

Generalsekretariat:

Sibylle Angeli
Claudia Just

Sitzungen: 14. März, 7. November

Schiedsinstanz gem. Art. 9 der Zusammenarbeitsvereinbarung

Mitglieder:

Prof. Dr. Gustavo Scartazzini (ab 1.7.), Präsident
Prof. Dr. Adrian Staehelin (bis 30.6.), Präsident
Prof. Dr. Jean-Nicolas Druey
Prof. Dr. Pierre Widmer

Generalsekretariat (Stand 31.12.2006)

Dr. Nivardo Ischi, Generalsekretär
Jean-Marc Barras, lic.rer.pol., stv. Generalsekretär
Sibylle Angeli (90%)
Gerda Burkhard, lic.phil. (80%)
Claudia Just (90%)
Dr. Andrea Stegmann (80%)
Ariane Studer (40%)
Christine Voirol-Hauser, lic.iur. (50%)

*Dem Generalsekretariat angegliederte, befristete
Stellen aus projektgebundenen Beiträgen für die
Koordination des Bundesprogrammes Chancen-
gleichheit:*

Mirjam Christe-Heiniger (40%)
Dr. Gabriela Obexer-Ruff (50%)

Anhang 1

Projektgebundene Beiträge 2004–2007 Finanzübersicht nach Projektarten

Stand Ende 2006

Projektgebundene Beiträge	Total	2004 ausbezahlt	2005 ausbezahlt	2006 ausbezahlt	2007 verfügt
Virtueller Campus	28'278'224	5'143'874	8'929'301	8'503'032	5'702'017
Chancengleichheit	14'888'306	3'662'105	4'346'836	4'159'562	2'719'803
Nachwuchsförderung	8'809'269	8'809'269	—	—	—
Innovations- und Kooperationsprojekte	119'287'416	24'617'816	29'044'171	32'797'770	32'827'659
TOTAL	171'263'215	42'233'064	42'320'308	45'460'364	41'249'479

Liste der Projekte

Projekte Virtueller Campus Schweiz

991002	The Virtual Nanoscience Laboratory («Nano-World») – A problem based co-operative learning environment on nanoscience
991009	Latinum Electronicum
991015	BOMS – Basics of Medical Statistics
991017	DOIT – Dermatology online with interactive Technology
991018	SOMIT (Sport Organisation Management Interactive Teaching)
991021	eCF – Get involved Corporate Finance
991023	NAHRIS; Dealing with natural hazards and risks – Network for educating and teaching in the inter- and transdisciplinary field of natural hazards and extension service
991025	Financial Markets
991028	Objective Earth
991031	ELO – European Law online
991032	A Web-Based Training in Medical Embryology
991036	Do it Your Soil
991037	MESOSworld – Methodological Education for the Social Sciences
991042	Biotech Lab
991043	VITELS – Virtual Telecommunications Laboratory Switzerland
991048	eBioMed.ch – Biomedical sciences teaching modules
991051	artcampus – ART HISTORY, 1300–2000
991053	SWISSLING – A Swiss Network of Linguistics Courseware
200101	ViLoLa: a Virtual Logic Laboratory
200102	ALPECOle Alpine ecology and environments
200113	Information Theory
200114	SUPPREM: Sustainability and Public or Private Management
200116	Antiquit@s – Ancient history learning project
200119	CALIS: Computer assisted Learning for information searching

Projekte Virtueller Campus Schweiz

200128	GITTA – Geographic Information Technology Training Alliance
200129	Immunology Online: Basic and Clinical Immunology
200133	i-structures – INTERSTRUCTURES – Interactive structural analysis by graphical methods
200136	OPESS: Operations Management, ERP- and SCM-Systems
200138	Marketing Online
200152	AD Learn – A comprehensive Internet course on Alzheimer’s disease and related disorders for medical students
200156	pharma ² – the blended learning concept for pharmaceutical sciences (pharmasquare) – Course of Pharmaceutical Chemistry in a Virtual Laboratory
P-3-002	USABLE
P-3-008	Psychopathology Taught Online (PTO)
P-3-011	Physica pro medicis – Interactive Course On The Physics Of The Human Body
P-3-015	Information- & IT Management online
P-3-016	eFeed
P-3-019	History of Life
P-3-020	Foundations of Information Systems
P-3-023	eScenario: based problem solving course in natural hazard and risk assessment
P-3-024	Short Course «Plant Responses to Stress»
P-3-025	Develop your practical skills in biotechnology
P-3-029	Digital Repository of Shareable Learning Objects Introducing to Communication and Media Studies
P-3-030	Core IT Mathematics
P-3-040	E-GONE – Gynaecology, Obstetrics, Neonatology, Endocrinology
P-3-042	CRANIONLINE – Cranio-Maxillo-Facial Surgery
P-3-043	Hear and See! – A Media Memory Project
P-3-057	On-line Course in Scientific and Forensic Photography
P-3-061	TransTech – Language Technology for Translators
P-3-063	Epidemiology for Swiss Medical Students and for Public Health Training

Projekte Virtueller Campus Schweiz

P-3-069	ARGUMENTUM – E-course of Argumentation Theory for Human and Social Sciences
P-3-070	E-course in Management for Masters in Health Economics and Management
P-3-078	Market Research Interactive: Data Collection, Analysis and Interpretation
P-3-079	Ecology in Architecture Design
P-3-082	FABEL: Fallbasierte Einführung zu e-Learning
P-3-083	CartouCHE – Cartography for Swiss Higher Education
P-3-087	Gerontology: Psychiatric symptoms in older patients
P-3-092	E-Teaching Network for Training and Support (eTeach.net)
P-4-002	Introduction to English Historical Linguistics – eHistLing
P-4-005	Globalisation and Livelihood Options of Poor People – GLOPP
P-4-006	Gymfacts
P-4-008	Understanding 3D
P-4-009	Development, Emotion, Vision, Imagery and Learning. Experimental Psychology Lab Class – DEVIL
P-4-010	Dentistry meets e-learning
P-4-011	Casis in Information Systems – CasIS
P-4-013	The Swiss Virtual Veterinary Pathologist (www.svvp.org) – SVVP
P-4-016	Learning Modules for Modeling Biological Systems – BIOSYM
P-4-019	Operating Systems Laboratory – OS Lab
P-4-024	Database Systems: Concepts, Design and Architecture
P-4-025	TEMAS – experimental TEchniques: MAterials and Structures
P-4-026	An E-learning Course on Visual Literacy for Communication, Engineering and Business – Viz.ch
P-4-030	Fundamental Programming Modules
P-4-031	Improving Intercultural Communication. A multimedia course in Intercultural Communication – I ² C
P-4-032	CommunicAtion Technologies for Cultural Heritage – CATCH
P-4-033	E-course in Communication for Health Operators – ECHO

Projekte Virtueller Campus Schweiz

P-4-036	a powerful tool for quality in scholarly work and success in learning – studycube ²
P-4-045	a video-based, interactive learning system – VILab
P-4-046	Online Education in Addiction Medicine – FORM@TOX
P-4-051	Democratic Process and Political Behaviour
P-4-053	Economic and Social History Online – Switzerland and Europe – ESO
P-4-063	PathoPedia
P-4-064	Ethnomusicology Interactive – EMI
P-4-067	Clinical Immunology Online: From organ to disease
M	Maintenance
CCSP	Kompetenz-, Dienstleistungs- und Produktionszentren
Mandat	Edutech IV
Mandat	«GIRAFE / Groupe Inter-universitaire Romand d'Accompagnement et de Formation en E-Learning»
Mandat	«A Manual for Program Evaluation»
Mandat	«Forum New Learning»
Mandat	«SVC Status Reports and Project Monitorings»
Mandat	Salon de l'étudiant 2004
Mandat	«WebCT Vista Training and Support»
Mandat	Edutech V
Mandat	Gesamtschweizerische Kursplattform
Mandat	A Manual for Programm Evaluation – Supplement
Mandat	MEDIDA-Prix 2006
Mandat	«Sustainable Implementation of e-Learning»
Mandat	«A Manual for Program Evaluation – Second Phase»
Mandat	«Guide des bonnes pratiques – étude comparative (Suisse, France, Canada, Etats-Unis et autres)»
Mandat	CRITQUEST

Projektgebundene Beiträge 2004–2007
Finanzübersicht nach Projekten

Virtueller Campus
Stand Ende 2006

Projekte	Total	2004 ausbezahlt	2005 ausbezahlt	2006 ausbezahlt	2007 verfügt
991002	120'000	45'000	60'000	15'000	
991009	120'000	30'000	60'000	30'000	
991015	140'000	17'500	70'000	52'500	
991017	130'000	16'250	65'000	48'750	
991018 M1/M2	190'000	30'000	60'000	55'000	45'000
991021	140'000	52'500	70'000	17'500	
991023	60'000	22'500	30'000	7'500	
991025 M1/M2	240'000	17'500	70'000	82'500	70'000
991028	129'200		60'000	69'200	
991031 M1/M2	170'000	37'500	50'000	36'500	46'000
991032 M1/M2	210'000	52'500	70'000	67'500	20'000
991036	120'000	15'000	60'000	45'000	
991037	140'000	17'500	70'000	52'500	
991042	102'000			35'000	67'000
991043 M1/M2	245'000	35'000	70'000	71'000	69'000
991048	40'000	15'000	20'000	5'000	
991051	140'000	52'500	70'000	17'500	
991053	140'000	52'500	70'000	17'500	
200101	140'000	17'500	70'000	52'500	
200102	120'000	45'000	60'000	15'000	

Projekte	Total	2004 ausbezahlt	2005 ausbezahlt	2006 ausbezahlt	2007 verfügt
200113	130'000	16'250	65'000	48'750	
200114 M1/M2	190'000	37'500	62'500	70'000	20'000
200116 M1/M2	226'000	52'500	70'000	57'500	46'000
200119	50'000	18'750	25'000	6'250	
200128	96'000	24'000	48'000	24'000	
200129 M1/M2/M3	210'000	30'000	70'000	60'000	50'000
200133	56'000	21'000	28'000	7'000	
200136 M1/M2	120'000	16'700	40'000	43'300	20'000
200138	100'000		50'000	50'000	
200152	120'000	30'000	60'000	30'000	
200156	140'000	25'000	70'000	45'000	
P-3-002 + M1	215'000	25'000	70'000	65'000	55'000
P-3-008	300'000	22'100	83'900	194'000	
P-3-011	280'000	102'900	132'500	44'600	
P-3-015 + M1	132'500	14'060	28'620	37'320	52'500
P-3-016 + M1	379'000	22'500	201'000	85'500	70'000
P-3-019	250'000	55'150	129'900	64'950	
P-3-020	289'100	20'000	172'740	96'360	
P-3-023	80'000	22'060	44'120	13'820	
P-3-024 + M1	401'000	9'420	219'580	108'000	64'000
P-3-025	150'000	37'500	75'000	37'500	
P-3-029 + M1	390'000	2'000	185'000	135'000	68'000
P-3-030 + M1	405'000	13'000	194'000	93'000	105'000
P-3-040 + M1	392'000	20'000	180'000	100'000	92'000
P-3-042	300'000	79'500	149'500	71'000	
P-3-043	285'000	51'000	166'000	68'000	
P-3-057 + M1	303'500	66'180	105'090	76'230	56'000

Projekte	Total	2004 ausbezahlt	2005 ausbezahlt	2006 ausbezahlt	2007 verfügt
P-3-061	255'000	79'500	117'000	58'500	
P-3-063	250'000	62'500	142'350	45'150	
P-3-069	300'000	57'000	162'000	81'000	
P-3-070	235'000	37'600	131'600	65'800	
P-3-078	270'000	64'000	156'000	50'000	
P-3-079 + M1	342'500	40'000	140'000	103'000	59'500
P-3-082	10'000	2'500	5'000	2'500	
P-3-083	150'000	37'500	75'000	37'500	
P-3-087	300'000	10'000	196'500	93'500	
P-3-092	180'000	43'400	92'600	44'000	
P-4-002	150'000			75'000	75'000
P-4-005	150'000			107'000	43'000
P-4-006	140'000			75'000	65'000
P-4-008	120'000			60'000	60'000
P-4-009	150'000			103'000	47'000
P-4-010	150'000			78'000	72'000
P-4-011	150'000			106'000	44'000
P-4-013	150'000			110'000	40'000
P-4-016	150'000			100'000	50'000
P-4-019	150'000			75'000	75'000
P-4-024	15'000			7'000	8'000
P-4-025	10'000			5'000	5'000
P-4-026	135'000			60'000	75'000
P-4-030	135'000			60'000	75'000
P-4-031	150'000			65'000	85'000
P-4-032	150'000			64'000	86'000
P-4-033	150'000			83'000	67'000
P-4-036	150'000			108'000	42'000

Projekte	Total	2004 ausbezahlt	2005 ausbezahlt	2006 ausbezahlt	2007 verfügt
P-4-045	150'000			97'000	53'000
P-4-046	150'000			75'000	75'000
P-4-051	150'000			114'000	36'000
P-4-053	150'000			111'000	39'000
P-4-063	150'000			100'000	50'000
P-4-064	150'000			77'000	73'000
P-4-067	150'000			52'750	97'250
CCSP	8'000'002	2'000'000	2'000'000	2'000'002	2'000'000
Mandat Edutech IV	315'000	315'000			
Mandat GIRAFE	195'000	120'000	75'000		
Mandat Manual Evaluation	30'000	10'000	20'000		
Mandat New Learning	93'100	70'000	23'100		
Mandat Project Monitoring 1/2	339'085	130'000	209'085		
Mandat Salon de l'étudiant 04	37'000	37'000			
Mandat WebCT Training and Support	110'000	55'000	55'000		
Mandat Edutech V	1'218'000		355'000	412'000	451'000
Mandat Kursplattform	735'170	67'554	388'616	147'000	132'000
Mandat Manual Eval. – Suppl.	5'000		5'000		
Mandat MEDIDA-Prix	312'000		200'000	112'000	
Mandat Implementation	161'400			161'400	
Mandat Manual Evaluation II	139'880			70'000	69'880
Mandat Bonnes pratiques	48'420			26'900	21'520
Mandat CRITIQUEST	15'367				15'367
Administration Campus	2'000'000	500'000	500'000	500'000	500'000
TOTAL	28'278'224	5'143'874	8'929'301	8'503'032	5'702'017

Liste der Projekte

Projekte Chancengleichheit

Anreizsystem Modul 1: Anreizsystem für die Anstellung von Professorinnen

Mentoring:

- Sockelbeitrag Mentoring Sockelbeitrag
- Grundbeitrag Mentoring Grundbeitrag
- Mo4/06 Réseau romand de mentoring pour femmes
- Mo4/09 carriEre académique
- Mo4/10 eMentoring – elektronisches Mentoringprogramm der Universität Luzern zur Förderung von Frauen in akademischen Karrieren
- Mo4/14 Koordinationsprojekt Peer-Mentoring
- Mo4/15 Mentoring Deutschschweiz: Programm für Wissenschaftlerinnen zur Unterstützung einer akademischen Karriere
- Mo4/16 Programma per incentivare la carriera delle donne all'università
- Mo4/17 LIEGE III – (Laboratoire interuniversitaire en Etudes Genre)
- Mo4/20 «PRO-----WISS» Professionelle Unterstützung der wissenschaftlichen Laufbahn von Frauen
- Mo4/22 Womentoring – ein Mentoringprogramm von und für Studentinnen an der Universität Bern
- Mo4/25 Femdat – Die Schweizer Expertinnendatenbank
- Mo4/26 Kursprogramm «Coaching und Weiterbildung»
- Mo4/27 Kurse und Workshops
- Mo4/28 Mentoring Geografie II
- Mo4/30 Rahmenprogramm Mentoring – Kursangebot zur Förderung weiblicher Nachwuchskräfte der Universität Basel II
- Mo4/31 StEP «Studentinnen entscheiden professionell»
- Mo4/32 Mentoring für Assistenz- und Oberärztinnen der Universitätskliniken Basel

Projekte Chancengleichheit

- Mo4/34 Programme neuchâtelois de mentoring pour doctorantes
- Mo4/35 Mentoring pour les femmes de la relève académique basé sur la pratique de l'enseignement
- Mo4/36 Programme latin de formation continue en genre et en égalité pour professeur-e-s et femmes de la relève
- Mo4/37 Netz+
- Mo4/39 Integriertes Mentoringprogramm für Ärztinnen und Ärzte am Universitäts-Spital Zürich
- Mo5/06 Réseau romand de mentoring pour femmes
- Mo5/09 CarriEre académique
- Mo5/14 Koordinationsprojekt Peer-Mentoring: peer mentoring IV
- Mo5/15 Mentoring Deutschschweiz – Programm für Wissenschaftlerinnen zur Unterstützung einer akademischen Karriere
- Mo5/17 LIEGE
- Mo5/20 Pro----- WISS Professionelle Unterstützung der wissenschaftlichen Laufbahn von Frauen
- Mo5/22 womentoring – ein Mentoringprogramm von und für Studentinnen der Universität Bern
- Mo5/26 Kursprogramm «Coaching und Weiterbildung»
- Mo5/28 mentoring phil nat
- Mo5/30 Rahmenprogramm Mentoring – Kursangebot zur Förderung weiblicher Nachwuchskräfte der Universität Basel III
- Mo5/32 Mentoring für Assistenz- und Oberärztinnen an der Universität Basel
- Mo5/34 Mentoring neuchâtelois pour doctorantes
- Mo5/35 Mentoring basé sur la pratique de l'enseignement
- Mo5/36 Programme latin de formation continue en genre et en égalité pour Professeur-e-s et femmes de relève
- Mo5/37 netz+ Mentoring und Coaching für graduierte Frauen an der Universität St. Gallen

Projekte Chancengleichheit

- M05/39 Integriertes Mentoring-Programm für Ärztinnen und Ärzte am UniversitätsSpital Zürich
- M05/40 Diss+ Trifakultäres Mentoring für Doktorandinnen
- M05/41 Wisegirls

Kinderbetreuung:

- Sockelbeitrag Kinderbetreuung Sockelbeitrag
- Grundbeitrag Kinderbetreuung Grundbeitrag

- Mandat Schlussevaluation Bundesprogramm Chancengleichheit 2000–2007

Projektgebundene Beiträge 2004–2007
Finanzübersicht nach Projekten

Chancengleichheit
Stand Ende 2006

Projekte	Total	2004 ausbezahlt	2005 ausbezahlt	2006 ausbezahlt	2007 verfügt
Anreizsystem	3'300'000	1'100'000	1'100'001	1'099'999	
Mentoring Sockelbeitrag	1'200'000	300'000	300'000	300'000	300'000
Mentoring Grundbeitrag	1'999'998	500'000	500'000	499'999	499'999
Mo4/06	140'040	38'633	74'440	26'967	
Mo4/09	160'000	20'000	80'000	60'000	
Mo4/10	53'796	22'400	26'916	4'480	
Mo4/14	299'700	11'040	192'840	95'820	
Mo4/15	180'630	65'965	86'150	28'515	
Mo4/16	87'800	14'633	43'900	29'267	
Mo4/17	200'000	55'000	103'500	41'500	
Mo4/20	103'600	23'349	54'538	25'713	
Mo4/22	31'900	14'850	17'050		
Mo4/25	153'595	16'705	77'000	59'890	
Mo4/26	24'800	6'580	13'750	4'470	
Mo4/27	18'000	2'250	9'000	6'750	
Mo4/28	55'713	26'500	29'213		
Mo4/30	60'654	14'995	31'664	13'995	
Mo4/31	75'130	11'701	17'579	10'877	34'973
Mo4/32	71'229	25'460	45'769		
Mo4/34	75'000		72'900	2'100	
Mo4/35	43'700	7'500	20'950	15'250	
Mo4/36	135'106	45'302	69'103	20'701	
Mo4/37	73'952	19'318	45'577	9'057	

Projekte	Total	2004 ausbezahlt	2005 ausbezahlt	2006 ausbezahlt	2007 verfügt
M04/39	70'000	19'924	34'996	15'080	
M05/06	68'400			30'400	38'000
M05/09	20'000				20'000
M05/14	251'129			86'142	164'987
M05/15	92'250			33'950	58'300
M05/17	78'000			30'000	48'000
M05/20	58'350			19'450	38'900
M05/22	11'840			7'400	4'440
M05/26	9'948			2'487	7'461
M05/28	43'200			25'921	17'279
M05/30	33'456			10'525	22'931
M05/32	66'783			44'623	22'160
M05/34	64'898			50'000	14'898
M05/35	13'800			2'500	11'300
M05/36	64'434			40'967	23'467
M05/37	45'063			30'890	14'173
M05/39	52'711			19'399	33'312
M05/40	57'578			29'071	28'507
M05/41	122'125			58'408	63'717
Kinderbetreuung Sockelbeitrag	1'400'000	350'000	350'000	350'000	350'000
Kinderbetreuung Grundbeitrag	2'299'998	600'000	600'000	599'999	499'999
Mandat Schlussevaluation	200'000			100'000	100'000
Administration Chancen	1'220'000	350'000	350'000	217'000	303'000
Total	14'888'306	3'662'105	4'346'836	4'159'562	2'719'803

Liste der Projekte

Innovations- und Kooperationsprojekte	
Bologna-Initialkosten	Erneuerung der Lehre: Bologna-Initialkosten
Kostenrechnung	Einführung und Entwicklung der Kostenrechnung an den universitären Institutionen
SwissUp	SwissUp (Fondation pour l'excellence de la formation en Suisse): Ranking européen
Konsortium	Konsortium der Hochschulbibliotheken
Indikatorensystem	Indikatorensystem der Schweizer Hochschulen
SystemsX	SystemsX (Systembiologie)
Vetsuisse	VETSUISSE
Pharmazentrum	Pharmazentrum Uni Basel-ETHZ
ELTEM	EUCOR Learning and Teaching Mobility (ELTEM)
LEA	Laboratoire Européen Associé en Microtechnique (LEA)
USI – Università lombarda	Collaborazione dell'USI con le università lombarde
SSPH+	Swiss School of Public Health
Cardiovascular Remodeling	Cardiovascular Remodeling in Health and Disease
Graduiertenkollegien Gender	Graduiertenkollegien Gender Studies
BENEFRI	BENEFRI
Nanowissenschaften	Studien der Nanowissenschaften
Gender Studies	Gender Studies Schweiz
SWITCH / AAI	Neue innovative Informatikdienstleistungen für die Schweizer Hochschulen
Transregio-Sonder- forschungsbereich	Transregio-Sonderforschungsbereich zur Erforschung von Membranproteinen
Netzwerk Public Health	Netzwerk Public Health

Innovations- und Kooperationsprojekte

Gesundheitsökonomie	Gesundheitsökonomie
Bologna-Koordination	Bologna-Koordination
Restauro e trasformazione	Restauro e trasformazione; cooperazione con le università lombarde
PMP.CH	Le réseau universitaire pour la formation universitaire en Politique et Management Publics (PMP.CH)
CIMENT	Centre inter-universitaire de recherche en Microsystèmes et Nanotechnologie EPFL – UniNE (CIMENT)
Cinéma	Réseau Cinéma CH / Netzwerk Cinema CH
Sciences – Vie – Société	Sciences – Vie – Société (Arc lémanique)
Bologna Medizin	Bologna-Initialkosten in der Medizin
ECTS	Verwendung von ECTS-Punkten für statistische Zwecke
Kosten L+F Spitäler	Erhebung der Kosten von Lehre und Forschung an den Universitätsspitalern
Mandat Expertise Schenker	Mandat «Ex ante Evaluation der neuen Kooperationsprojekte 2004–2007» (Expertise Schenker)
Mandat Wirkungsprüfung	Mandat Wirkungsprüfung grenzüberschreitende Projekte
Mandat Ad-hoc-Komitee	Mandat Ad-hoc-Komitee zur Prüfung der Projekteingaben 2008–2011

Projektgebundene Beiträge 2004–2007
Finanzübersicht nach Projekten

Innovations- und Kooperationsprojekte
Stand Ende 2006

Projekte	Total	2004 ausbezahlt	2005 ausbezahlt	2006 ausbezahlt	2007 verfügt
Bologna-Initialkosten	30'000'000	7'500'000	7'500'000	7'500'000	7'500'000
Kostenrechnung	1'730'000	1'180'000	150'000	200'000	200'000
SwissUp	800'000	200'000	200'000	200'000	200'000
Konsortium	7'916'000	2'500'000	2'850'000	1'670'000	896'000
Indikatorensystem	285'000	140'000	145'000		
SystemsX	10'000'000		3'000'000	3'500'000	3'500'000
Vetsuisse	11'263'000	1'281'000	5'831'000	2'831'000	1'320'000
Pharmazentrum	537'600	270'000	178'400	89'200	
ELTEM	3'243'388	1'391'388	677'370	592'370	582'260
LEA	1'341'000	375'000	322'000	322'000	322'000
USI – Università lombarde	708'500	312'500	132'000	132'000	132'000
SSPH*	4'400'000			1'940'000	2'460'000
Cardiovascular Remodeling	2'297'000	1'100'000	600'000	300'000	297'000
Graduiertenkollegien Gender	2'250'000	1'230'000	255'001	340'000	424'999
BENEFRI	8'711'400	2'361'000	2'000'000	2'100'000	2'250'400
Nanowissenschaften	2'400'000	200'000	200'000	1'420'000	580'000
Gender Studies	3'200'000	221'000	221'000	1'180'000	1'578'000
SWITCH / AAI	5'200'000	800'000	800'000	1'800'000	1'800'000
Transregio-Sonder- forschungsbereich	2'281'000	912'400	912'400	456'200	
Netzwerk Public Health	1'190'000	1'190'000			

Projekte	Total	2004 ausbezahlt	2005 ausbezahlt	2006 ausbezahlt	2007 verfügt
Gesundheitsökonomie	1'060'000	1'060'000			
Bologna-Koordination	1'290'000	315'000	320'000	325'000	330'000
Restauro e trasformazione	500'000			200'000	300'000
PMP.CH	1'000'000			500'000	500'000
CIMENT	1'600'000			600'000	1'000'000
Cinéma	3'100'000			700'000	2'400'000
Sciences – Vie – Société	8'250'000		2'750'000	2'750'000	2'750'000
Bologna Medizin	2'000'000			1'000'000	1'000'000
ECTS	300'000			150'000	150'000
Kosten L+F Spitäler	300'000				300'000
Mandat Expertise Schenker	45'000	45'000			
Mandat Wirkungsprüfung	33'528	33'528			
Mandat Ad-hoc-Komitee	55'000				55'000
TOTAL	119'287'416	24'617'816	29'044'171	32'797'770	32'827'659

Anhang 2

Richtlinien der Schweizerischen Universitätskonferenz für die Qualitätssicherung an den schweizerischen universitären Hochschulen (Qualitätssicherungsrichtlinien) vom 7. Dezember 2006 (Stand am 1. Januar 2007)

Präambel

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK),

gestützt auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e der Vereinbarung vom 14. Dezember 2000¹ zwischen dem Bund und den Universitätskantonen über die Zusammenarbeit im universitären Hochschulbereich,

gestützt auf Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e des Interkantonalen Konkordates vom 9. Dezember 1999 über universitäre Koordination,

gestützt auf Artikel 6 Buchstabe e des Bundesgesetzes vom 8. Oktober 1999² über die Förderung der Universitäten und über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich (UFG),

überzeugt, dass die hauptsächliche Verantwortung für die Qualitätssicherung bei den Hochschulen liegt,

in Übereinstimmung mit dem «Communiqué der Konferenz der für die Hochschulen zuständigen europäischen Ministerinnen und Minister, Bergen, 19.–20. Mai 2005» (Bergen Communiqué), das die Hochschulen auffordert, die Voraussetzungen und Mechanismen zur Verbesserung ihrer Qualität zu institutionalisieren und sie mit der externen Qualitätssicherung zu verbinden,

in Übereinstimmung mit den European standards and guidelines for internal quality assurance within higher education institutions der European Association for Quality Assurance in Higher Education (Standards für interne Qualitätssicherung im Hochschulbereich der ENQA), die von den europäischen Bildungsministern in Bergen angenommen wurden,

mit dem Ziel, qualitativ hoch stehende Leistungen in Lehre und Forschung sicherzustellen und die Transparenz für die Studierenden und die Öffentlichkeit zu verbessern,

SR 414.205.2

1

SR 414.205

2

SR 414.20

erlässt

auf Empfehlung des Organs für Akkreditierung und Qualitätssicherung der Schweizerischen Hochschulen (OAQ) folgende verbindliche Richtlinien, die Mindestanforderungen an die Qualitätssicherungssysteme der universitären Hochschulen enthalten:

Art. 1 Geltungsbereich

Diese Richtlinien gelten für alle Universitäten und universitären Institutionen, die gemäss Artikel 11 UFG bundesrechtlich subventioniert sind, und sinngemäss für die ETH (universitäre Hochschulen).

Art. 2 Grundsätze

¹ Die universitären Hochschulen sind verantwortlich für die Einführung eines internen Qualitätssicherungssystems.

² Sie richten das Qualitätssicherungssystem an ihrem Auftrag und an ihren Zielsetzungen aus.

Art. 3 Mindestanforderungen an Qualitätssicherungssysteme

Die universitären Hochschulen sorgen dafür, dass das Qualitätssicherungssystem folgende Standards

erfüllt, die der internationalen Praxis entsprechen und sich auf die Standards für interne Qualitätssicherung im Hochschulbereich der ENQA in der Fassung vom Februar 2005 stützen:

3.1 Strategie

Die universitäre Hochschule legt ihre Qualitätssicherungsstrategie fest und kommuniziert sie öffentlich. Diese Strategie enthält die Leitlinien zu einem Qualitätssicherungssystem, das darauf abzielt, die Qualität der universitären Tätigkeiten zu sichern und kontinuierlich zu verbessern sowie die Entwicklung einer Qualitätskultur zu fördern.

3.2 Anwendungsbereich

Das Qualitätssicherungssystem bezieht die universitären Kernaufgaben ein, insbesondere Lehre und Forschung sowie die damit verbundenen unterstützenden Dienste. Es ist integraler Bestandteil der Gesamtstrategie und unterstützt die Entwicklung der universitären Hochschule.

3.3 Prozesse und Verantwortlichkeiten

Die universitäre Hochschule regelt die Qualitätssicherungsprozesse und sorgt dafür, dass die entsprechenden Bestimmungen dem Personal und den Studierenden bekannt sind. Die Verantwortlichkeiten für Qualität und Qualitätssicherung werden transparent zugewiesen.

3.4 Evaluationen

Die universitäre Hochschule evaluiert intern periodisch Lehre, Studiengänge und Curricula, Verfahren zur Beurteilung der Leistungen der Studierenden, Ergebnisse von Lehre, Forschung und Dienstleistungen sowie Ressourcen, Gleichstellung der Geschlechter und Lerninfrastruktur. Bei Bedarf erfolgt eine externe Überprüfung.

3.5 Personalentwicklung

Die universitäre Hochschule unterstützt und fördert die Weiterbildung und Entwicklung ihres in Lehre und Forschung tätigen Personals. Dies beinhaltet auch die Laufbahnplanung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.

3.6 Verwendung von Informationen und Entscheidungsfindung

Die Leitung der universitären Hochschule gründet ihre strategischen Entscheidungen hinsichtlich Forschung, Studienangebot sowie Anstellung und Förderung des Lehrkörpers auf relevante und aktuelle quantitative und qualitative Informationen. Diese werden systematisch gesammelt, analysiert und zur kontinuierlichen qualitativen Verbesserung der universitären Arbeit angewendet.

3.7 Kommunikation

¹ Eine transparente Berichterstattung über Verfahren und Resultate von Qualitätssicherungsmassnahmen garantiert die Rückmeldung an die beteiligten Gruppierungen innerhalb der universitären Hochschule.

² Die universitären Hochschulen veröffentlichen periodisch objektive Informationen über Studiengänge und verliehene Grade.

Art. 4 Periodische Überprüfung nach Artikel 6 der Richtlinien zum beitragsrechtlichen Anerkennungsverfahren nach dem UFG

Das OAQ überprüft im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF) periodisch im Rahmen institutioneller Verfahren, ob die universitären Hochschulen die Standards erfüllen. In diesen Verfahren werden auch einige Anwendungsbeispiele auf Studiengangebene geprüft, um zu gewährleisten, dass die Ziele dieser Richtlinien erreicht werden.

Art. 5 Empfehlungen des OAQ für die Umsetzung und Anwendung der Standards nach Artikel 3

Das OAQ gibt Empfehlungen für die Umsetzung und Anwendung der Standards nach Artikel 3 heraus.

Die Empfehlungen basieren auf den Standards für interne Qualitätssicherung im Hochschulbereich der ENQA. Das OAQ nimmt in den Empfehlungen Rücksicht auf nationale Besonderheiten und die Ergebnisse der bereits durchgeführten institutionellen Qualitätsprüfungen.

Art. 6 Publikation der Berichte über die Qualitätsprüfungen

Das OAQ stellt den an den jeweiligen Qualitätsprüfungen Beteiligten, namentlich der universitären Hochschule, dem Trägerkanton, dem SBF sowie der SUK, den Expertenbericht und seinen Schlussbericht zu. Das OAQ publiziert seine Schlussberichte in Absprache mit der SUK.

Art. 7 Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten am 1. Januar 2007 in Kraft.

7. Dezember 2006

Im Namen der
Schweizerischen Universitätskonferenz

Die Präsidentin: Regine Aeppli
Der Generalsekretär: Nivardo Ischi